

Oddział II Informacyjny

Nr 10877 / II. Inf. II. B.

*Raw*

Tajne.

Do

Adjutantury Generalnej

w Warszawie.

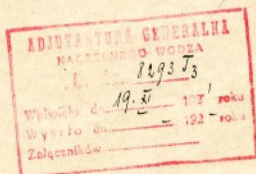
Przedkładam do wiadomości komunikat "Ostinformatio -  
nen" z l.X.r.b. o Polsce ze względu na charakterystyczne  
przedstawienie sytuacji politycznej Polski przez bolsze-  
wickiego komisarza w Gdańsku *Plawickiego*.

Ostinformatioenen wychodzą jako komunikaty wydawane  
przez Oddział informacyjny niemieckiego Orgesch'u.

1 załącznik

Szef Oddziału II-go

*[Signature]*  
Ppułkownik p.d.szt.gen.



P O L E N .

Politisch.

Bei Beurteilung der politischen Lage Osteuropas ist der Umstand festzuhalten, dass der aussenpolitische Kurs Polens durch den Regierungswechsel keine wesentlichen Aenderungen erfahren hat. Er unterliegt überhaupt viel weniger den Intentionen der Initiative Polens selbst als Frankreichs, dessen dominierende Stellung in der Position Niessels in Warschau am klarsten zum Ausdruck kommt. Zusammenhänge in ihrer Auswirkung auf die polnische Aussenpolitik in der folgenden, aus bolschewistischer Quelle stammender Charakterisierung der Lage.

Bericht No 142

Streng geheim.

Warschau

Der Rücktritt des Kabinetts Witos ist ein Ausdruck des völligen wirtschaftlichen Verfalls und des finanziellen Bankrotts der polnischen Republik. Die polnische Mark ist mit ihrem kolossalen, bis zum Absurden gehenden Fall bereits an der Grenze der völligen Wertlosigkeit angelangt. Die Geringfügigkeit des Goldvorrats und der als Deckung in Betracht kommenden Werte, die der Regierung zur Verfügung stehen, hat dazu geführt, dass der Franc als einziges reales Geldwertzeichen in Betracht kommt. Auf diese Weise hat Frankreich sich die grundlegenden Prärogative der Regierung zu eigen gemacht und ist tatsächlich völlig zum Herrn der Lage geworden.

In den letzten Tagen seines Bestehens zeigte sich unter dem Druck der Lage des Kabinetts Witos bereit, den Weg einer Verständigungspolitik zu beschreiten. Dieses Streben hat seinen deutlichen Ausdruck in der versöhnlichen Haltung in der oberschlesischen Frage und in den für uns nach polnischer Auffassung sehr vorteilhaften Vorschlägen vom 30 August gefunden.

Im Zusammenhange damit hat Sawinkow in Paris einige sehr energische Schritte getan. Während er durch seine Freunde bei der Regierung Briands in entsprechender Weise vorstellig wurde, verbreitete er gleichzeitig das Gerücht, er sei dank "nicht von ihm anhängiger Umstände" genötigt, Warschau zu verlassen. Diese Schritte haben das notwendige Resultat gehabt und ohne Zweifel ihren Einfluss auf die von der französischen Regierung getroffenen Massnahmen ausgeübt. Indessen erlitt bekanntlich der versöhnlichere Kurs der polnischen Politik ein völliges Fiasko und das Kabinetts Witos sah sich zum Rücktritt genötigt.

Diesen Moment hielt Frankreich für geeignet, auf Polen einzuwirken. Unter dem Einfluss der energischsten Vorstellungen und der nicht misszuverstehenden Drohung einer völligen Einstellung seiner Subsidien, forderte Frankreich volle Unterwerfung in allen aussenpolitischen Fragen und Uebergabe der Heeresleitung in französische Hände.

Wie sehr die Drohung einer Einstellung der finanziellen Hilfe Frankreichs eine effektive war, lässt sich allein schon daran erkennen, dass im Verlauf der wenigen Tage der Unentschlossenheit nach dem Abgange des Kabinetts Witos und der völligen Unterwerfung unter die französischen Forderungen, die Stadt Warschau Gefahr lief, ohne Licht und Wasser zu bleiben, da der Magistrat nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung hatte, um die städtischen Angestellten und Arbeiter zu bezahlen. Nur der Umstand das General Niessel " sich liebenswürdiger Weise bereit erklärte mit einer gewissen Summe einzuspringen", rettete die Situation.

Eine durchaus analoge Lage herrscht auch in allen übrigen Gebieten der Volkswirtschaft. Die polnische Regierung ist völlig offensichtlich aus der Sphäre der mittelbaren in die der direkten Abhängigkeit von Frankreich geraten.

Die Ernennung General Niessels zum Chef des Stabes der ganzen polnischen Armee, ist als die Einsetzung eines französischen Generalgouverneurs für Warschau anzusehen, an den tatsächlich die Leitung nicht nur der Äusseren, sondern auch der inneren Politik Polens übergegangen ist.

Demit, dass ein Mann zur Macht gelangte, der sich unter dem unmittelbaren Einfluss von Leuten à la Sawinkow und Korfanty befindet, musste selbstverständlich der versöhnlichere Kurs, der in letzter Zeit zu beobachten gewesen war, ein Ende haben. Man kann dreist behaupten, dass das Verhalten und die Massnahmen in der Wilnafrage als Barometer des politischen Kurses der neuen Regierung, in der der Ministerpräsident Ponikowski selbstverständlich nur als Marionette figuriert, diene.

Die entschiedene Ablehnung des Hymans'schen Projekts und die verstärkte Truppenkonzentration in Galizien können als Anzeichen dafür dienen, was vom neuen politischen Kurse zu erwarten ist.

Trotz all seines Hasses gegen Deutschland, den General Niessel bei jedem Schritt betont, und der Freundschaft, die ihn mit Korfanty verbindet ist nicht anzunehmen, dass er auf eine Verschärfung der schlesischen Frage hinarbeitet. Im Gegenteil weisen die verstärkten

Truppenverschiebungen von der westlichen an die östliche Grenze darauf hin, dass Niessel sich in dieser Richtung kriegerische ~~Klickung~~ Lorbeeren zu pflücken suchen wird.

Die eigenartigen Bedingungen, unter denen die Demobilisierung der polnischen Armee vor sich ging /65% der Demobilisierten sind mit langfristigen Urlaub entlassen und nur 35% sind faktisch demobilisiert/ gewähren die Möglichkeit einer jederzeitigen/<sup>Zusammenziehung</sup> bedeutender Truppenmassen auch ohne besondere Mobilisationserlässe. Vorläufig lässt sich mit Bestimmtheit auf die vermehrte Truppenkonzentrationen in Ostgalizien hinweisen, und auf die Verstärkung der Grenzgarisonen bis zur Linie Lemberg einschliesslich. Ausserdem werden die Urlauber aller an die Ostgrenze abtransportierten Truppenteile wieder inberufen und von Minute zu Minute wird das Angebot zweier Ergänzungsjährigänge erwartet. All das deutet vor allem auf bestimmte Massnahmen hin, eine Aktion der galizischen Aufständischen verhindern sollen, die auf die Entscheidung des Völkerbundes in der galizischen Frage einen/unerwünschten Einfluss ausüben könnte. Obwohl man in Warschau hofft, dass es gelingen wird, diese Entscheidung auf unbestimmte Zeit hinauszuziehen, so werden doch schon vorbereitende Massnahmen getroffen, um einer solchen Entscheidung entgegenzuwirken, wenn sie trotzdem erfolgen sollte. So weisen die Massregeln der neuen Regierung bestimmt darauf hin, dass die polnische Regierung oder besser gesagt, die sie inspirierende, französische Diplomatie entschlossen ist, einen beliebigen zufälligen Vorwand zu benutzen, um das polnische Volk auf den Weg neuer Abenteuer zu führen. Man muss anerkennen, dass ein solches Bestreben einen gewissen Ausweg aus der augenblicklichen, unerträglichen inneren Lage zu versprechen scheint. General Niessel gibt sich keinerlei rosigen Illusionen in betreff der Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Lage in Polen hin, das immer mehr zu einem, das französische Kapital völlig fruchtlos in sich hineinsaugenden Schwamm wird. Frankreich muss unbedingt Polen im Hinblick auf die von ihm aufgewandten Geldmittel irgend wie ausnutzen und von ihm irgend welche konkrete Vorteile zu erlangen suchen. Und der Regierung und des General Niessel ist es verhältnismässig gleichgültig ob die polnische Staatsmaschine endgültig darüber in Trümmer geht, wenn sie nur zu diesen Vorteilen gelangen. So kann man nicht nur erwarten, sondern muss es auch, dass Frankreich das von General Niessel geführte



Polen bereits in allernächster Zeit zu f völlig sinnlosen Abenteuer-  
ern treiben wird.

Danzig, den 17 September \* 1921.

Der politische Kommissar:

Slawiński.

So sehr in Polen gegenwärtig infolge des katastrophalen und bis-  
her trotz aller möglichen Versuche an Augenblickmassnahmen nicht  
einzudämmenden Sturzes der polnischen Valuta das grösste Interesse  
auf die wirtschaftlichen und allgemein innenpolitischen Sorgen  
eingestellt ist, lassen doch auch die aussenpolitischen Probleme  
das neue Geschäftsministerium Ponikowski nicht zur Ruhe gelangen.

Die Besserung der polnischen Valuta ist zwar nun allmählich von  
allen Seiten, von Regierung, Parlament und Oeffentlichkeit, von  
Industriellen, Kaufmannschaft und Politikern als das Kardinalpro-  
blem Polens erkannt worden, aber es ist eine immer noch ventilier-  
te Streitfrage, ob die Rettung von dem finanziellen Zusammenbruch  
in erster Linie von der aussenpolitischen oder von der innenpoli-  
tischen Gestaltung abhängt.

Bezüglich der letztern gehen die Meinungen weit auseinander.  
Einig ist man zunächst darüber, dass die Verschlechterung des  
Geldwertes und die gleichzeitige, alles bisher Erlebte übertreffen-  
de sprunghafte Verteuerung sämtlicher Lebensmittel und sämtlicher  
Bedarfsartikel, aller Tarife und Preise, neue ganz gewaltige Lohn-  
bewegungen in kurzer Frist auslösen wird, deren Anfänge sich be-  
reits zeigen. Die unvermeidliche Bewilligung der zu erwartenden  
Arbeiter- und Beamtenforderungen wird weiteren Notendruck, weiteren  
Steigen der Preise und weiteren Kursverlust der polnischen Mark  
bedeuten. Im Gegensatz zu anderen schwachvalutigen Ländern kann  
man in Polen nicht auf eine, durch die Verbilligung des Geldes  
bewirkte Erhöhung der Ausfuhr und dadurch auf einen nützlichen  
Zufluss fremder Devisen hoffen; einmal ist zu einer nennenswerten  
Ausfuhr die Produktion ohnehin zu schwach, zum andren aber wird  
sie unter den jetzigen Valutaverhältnissen täglich schwächer, denn  
es gibt keine für eine umfangreichere Ausfuhr in Frage kommende



Industrie die nicht, sei es für Rohstoffe oder aber für Hilfsmittel für Maschinen, Werkzeuge und Geräte zu jeglicher Produktionssteigerung, teilweise sogar zum einfachen Fortbestande auf Einfuhr angewiesen wäre. Letztere aber wird allmählich mehr und mehr unmöglich. Die Rettung von der drohenden Katastrophe sieht das neue Ministerium und mit ihm die Parteien der Linken und der Mitte, einmal indem das ausländische Vertrauen und die ausländische Kreditwilligkeit fördernden Moment einer festen Regierung, die Garantien für einige Dauer und für die Durchsetzung ihres Willens gibt, zum anderen sehen diese Elemente die weitere und vielleicht wichtigste Rettungsmöglichkeit in der vorübergehend gedachten Ausstattung des Finanzministers mit ganz besonderen Vollmachten. Man vermeidet in Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Parlamentes vor jeder Beschränkung seiner Souveränität das Wort "Diktatur des Finanzministers", aber sächlich erstrebt man einen nur in dieser Weise zu bezeichnenden Zustand. Nach langwierigen Verhandlungen scheint es im Augenblick gelungen, ~~x~~ den bisher noch vakanten, dabei aber wichtigsten Posten der neuen Regierung, eben das Finanzministerium, zu besetzen. Sein Inhaber Prof. Jerzy Michalski werden, vordem bekannter Dozent und Spezialist für Steuerfragen, letzthin an herovorragender Stelle des Bankwesens in Lemberg tätig. Michalski hat für die Uebnahme des Amtes etliche Bedingungen aufgestellt, die ängstlich geheim gehalten werden, um nicht vorzeitig den Unmut der Parteien zu erregen, die vielleicht angesichts dieser Bedingungen, die ihnen manches Schlagwort für den kommenden Wahlkampf nehmen, sehr rasch vom Ponikowskikabinett abrücken werden. Soviel ist über diese, noch innerhalb des Ministeriums unkämpften Bedingungen aber schon zu sagen, dass sie sich nicht mit theoretischen Sparsamkeitsbemerkungen begnügen sondern in allen Ministerien und Verwaltungen nach der Zahl der Beamten und der leitenden Posten, wie hinsichtlich der sachlichen Ausgaben und Aufwendungen ausserordentlich rigorese Abstriche machen. Ausserdem fordert Michalski Rechte für sich, deren Gewährung ihn in die Lage setzen würde, seine finanziellen und steuerlichen Massnahmen in Notfällen gegen den Willen seiner Ministerkollegen und gegen den Willen des Parlamentes auf dem einfachen Verordnungswege durchzusetzen. Die Regierung und die Mehrheit der zu ihrer Unterstützung bereiten Parteien

verschliessen sich nicht der Erkenntnis, das es keinen anderen Ausweg aus der Situation gibt, als in diese Finanzdiktatur einzuwilligen, sie verlangt freilich, dass die theoretisch in Formen gekleidet werde, die vor der Oeffentlichkeit den diktatorischen Charakter verbergen. Die schlimmste Klippe, an der Michalskis Ernennung noch zu scheitern droht, ist seine Forderung des Ausserkraftsetzung des achtstündigen Arbeitstages - hier wollen weder die nationalen Arbeiter bisher mitmachen noch die Sozialisten, da für beide die Achstundentag bisher das einzuge praktische Ergebnis aller Agitationen und der Revolutionsbewegung vom November 18 ist. Hier wird also durch ein Kompromiss Michalski seine Bedingungen erweichen müssen, oder das Kabinett Ponikowski wird die Unterstützung der Linken verlieren und damit rücktrittsfähig werden, noch ehe es eigentlich regiert hat. Seitens der sämtlichen Rechtsparteien will man von der Finanzdiktatur nichts wissen, auch nicht von einer noch so vornehm verschleierten, man hält hier mit oder ohne Michalski die Opposition gegen das Ponikowskikabinett aufrecht, dessen Bildung die Uebernahme der Regierung durch die Rechtsparteien verhindert hat. Den Ausweg aus den finanziellen Nöten sehen in diesen Gruppen in einer Reihe gesetzgeberischer Massnahmen, für die sie eine Fülle von Wahrscheinlichkeitsbeweisen anführen, um sie als wirksames Heilmittel der Oeffentlichkeit zu empfehlen. Kurz formuliert laufen alle diese Forderungen auf folgende Massnahmen hinaus: Dollaranleihe mit Hilfe der amerikanischen Polen, Heranziehung ausländischen Kapitals durch Konzessionen Beseitigung aller Handel, Industrie, Produktion und Ausfuhr beengenden, kontingentierenden oder kontrollierenden Vorschriften und Aemter, Einführung einer neuen Valuta unter Dezimierung des Notenumlaufes beim Umtausch und Gründung einer privaten Notenbank auf Aktien anstelle der staatlichen polnischen Landes-Darlehns-Kasse. Eine Frage wird gegenwärtig noch sehr wenig trotz der lebhaften Debatten über die Finanzlage ventilirt, obgleich sie wahrscheinlich die wichtigste ist, nämlich eine gründliche Steuerreform und geeignete Massnahmen, die der bisherigen allgemeinen Steuerflucht einen Riegel vorschieben, die Beamten der Exekutive gegen Versuchungen und Bestechungen besser wappnen, das Steuer soll wirklich erfassen und einkommen lassen und grundsätzlich alle vorhandenen Steuern ganz

besonders im ehemals russischen Gebiet erheblich erhöhen. Man scheute sich hier teils aus Rücksicht auf die Wähler teils aus Anpassung an den absolut & unqualifizierten Beamtenapparat die Erfahrungen des ehemals preussischen Gebietes sich zunutze zu machen, das immer noch als einziges Verwaltungsüberschüsse ergibt, einfach, weil dort die Bevölkerung und die einziehenden Beamten daran gewöhnt sind, dass die veranlagten Steuern auch einkommen müssen. Im russischen Gebiet zu grossen Teilen und im österreichischen teilweise fehlt diese Erkenntnis und fehlen die geeigneten Vollziehungsorgane; hier sind ausserdem die Steuern vielfach zu gering und überhaupt noch im Stadium der Verwirrung, so dass es bisher noch nicht einmal gelungen ist, den Städten und Kommunen die notwendigen Einnahmequellen zu eröffnen, dass diese vielmehr grosse Teile ihrer laufenden Ausgaben nur durch fortgesetzte Kredite beim Finanzministerium bestreiten können.

Za zgodność odpisu:

*Muchnikov*

*Dr. Michalowski  
penn. prof.*

